

# ELTERN GEGEN DROGEN

## AUS DEM INHALT

<b>NUN REICHT ES – MOBILMACHUNG GEGEN DIE HERRSCHENDE DROGEN- VERHARMLOSUNG</b>	<b>1</b>
<b>STUDENT AM CARNEVALE IN LOCARNO BESTIALISCH UMGEBRACHT</b>	<b>2</b>
<b>EDITORIAL</b>	<b>2</b>
<b>DIE VERHARMLOSUNG DES DROGENKONSUMS</b>	<b>4</b>
<b>HANF UND DROGENHANF</b>	<b>5</b>
<b>ZUM TOD VON PAUL WIEDMER</b>	<b>5</b>
<b>DIE ALFRED FLURY- STIFTUNG</b>	<b>6</b>
<b>DER KANTON BERN WILL DIE CHRISTLICHE DROGEN- THERAPIESTELLE EL RAFA SCHLIESSEN</b>	<b>6</b>
<b>NORWEGISCHER GESUND- HEITSMINISTER ZU BESUCH IN DER SCHWEIZ</b>	<b>7</b>
<b>MIT ÄRZTLICH VERORDNETEM METHADON GEDEALT</b>	<b>7</b>
<b>MISSBRAUCH VON STEUER- GELDERN DURCH DIE STIFTUNG CONTACT</b>	<b>8</b>

**DIE SCHÖNGEREDETE  
DROGENPRÄVENTION  
IST NICHTS WEITER ALS  
EINE WORTHÜLSE.**

## Nun reicht es – Mobilmachung gegen die herrschende Drogenver- harmlosung

Wider den gesunden Menschenverstand und ungeachtet der Erfahrungen von Eltern Drogenabhängiger verharmlosen Politiker, Behörden, staatliche Drogenfachstellen seit Jahren den Konsum von Drogen, insbesondere Cannabis. Kritische Einwände werden nicht zugelassen. Forderungen nach Verboten und mehr Härte gegenüber Dealern werden als unqualifiziert oder übertrieben abgelehnt.

Diese Erfahrung mussten die Eltern von Daniel machen, der mit 14 Jahren Cannabis zu konsumieren begann und dessen Lehrer im eigenen Garten diese Droge kultivierte. Von den Schulbehörden wurden die Eltern als hysterisch abqualifiziert und belächelt, weil sie es wagten, sich gegen das cannabisfreundliche Schulumfeld aufzulehnen. Wenigstens von der staatlichen Drogenanlaufstelle Contact erwarteten sie Hilfe, doch diese pries dem inzwischen 18-jährigen Daniel gar den Konsum von 4-5 Samen der Droge „Woodrose“ als Beginnndosis und 4-8 Samen als ausreichende Dosis für LSD-ähnliche Erfahrungen an!

**Die verharmlosende, rücksichtslose Coolness des Lehrers, der Schulbehörde und der „beratenden“ staatlichen Drogenanlaufstelle Contact nahm sich Daniel als Vorbild. Dieses „Vorbild“ kostete dem inzwischen auch Heroin, Kokain und weitere illegale Drogen Konsumierenden, nur gerade 20-jährig, das Leben!**

Ausserordentlich viel physische und psychische Kraft mutete man den Eltern und der jüngeren Schwester von Sandra während deren 15-jährigen Drogenabhängigkeit zu. Mit 12 Jahren kam Sandra auf dem Schulhof mit Cannabis in Kontakt. Es folgten Heroin, Kokain, LSD, Ritalin usw. Auch dieses Elternpaar erhielt weder Hilfe seitens Lehrer, Schulbehörde und Erziehungsdirektion noch seitens Jugendstaatsanwalt. Seit Jahren staatlich mit Methadon unterstützt, zieht Sandra diese für sie „bequeme“ Methode einem Drogenentzug bzw. einer Drogenabstinenz vor.

Die schöngeredete Drogenprävention ist nichts weiter als eine Worthülse, denn bis heute liess sich nur ein Anstieg des Drogenkonsums feststellen. Ergebnisse dieser „Prävention“ ist uns der Staat noch immer schuldig. Dasselbe trifft auf den „Jugendenschutz“ zu, der darin gipfelt, dass heute schon Primarschüler Alkohols und Zigaretten konsumieren. Behördlich abgesegnet, verbreitet sich auch immer mehr das verwerfliche „Rausch-Koma-Saufen“ oder, wie in Basel, der „Bier-Harassenlauf“. Weshalb verkommen solche Veranstaltungen trotz

angeblichem Jugendschutz immer häufiger zu einem Tummelfeld Minderjähriger?

Die ehrenamtlich tätige Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen macht gegen diese verheerende Entwicklung mobil. Weder die für die Drogen-Misere verantwortlichen Politiker und Behörden noch die drogenfreundlichen Institutionen haben das Recht, sich als „allein im Besitz der Wahrheit befindlich“ auszugeben und einen Machtkampf auf dem Rücken Betroffener auszutragen. Obgenannte Schicksale spiegeln nur zwei von vielen anderen wider.

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen will insbesondere auch junge Familien schweizweit erreichen, um deren Kinder wenn immer möglich vor einem Drogeneinstieg zu schützen. Auch liegt der Vereinigung viel daran, dass Dealer konsequent strafrechtlich verfolgt werden, und nicht nach kurzer Festnahme wieder auf freien Fuss kommen, um weiter dealen zu können.

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen

## Student am Carnevale in Locarno bestialisch umgebracht

Im Januar 2009 wurde in Locarno über ein Delikt, das im Vorjahr am Carnevale in Locarno begangen wurde, gerichtlich verhandelt. Es ging darum, die Umstände zu klären, die zum Tode des Studenten Damiano Tamagni geführt hatten. Drei junge Männer waren daran beteiligt. Zwei Gruppen von Jugendlichen hatten sich gestritten; Damiano Tamagni hatte zu schlichten versucht. Der Streit war bereits beigelegt worden, als zufälligerweise drei Jugendliche dazu kamen, sich einmischten und Damiano Tamagni durch Faustschläge und Fusstritte so schwere

Verletzungen zufügten, dass er daran starb. Die drei Angeklagten liessen ihn liegen, ohne zu wissen, ob er bewusstlos oder tot war.

### Erst bei der Gerichtsverhandlung kam heraus, dass die drei Täter vorher gekifft hatten.

Motive für diese sinnlose Tat konnten sie nicht angeben, obwohl der Gerichtspräsident Mauro Ermani insistierend nachhakte, wie die BAZ schreibt.

Dieses Verbrechen reiht sich nahtlos in eine ganze Reihe von anderen Verbrechen, bei denen die Delinquenten auch gekifft hatten oder unter dem Einfluss anderer Drogen standen. Eine Liste dieser Verbrechen wurde im Informationsbulletin «Eltern gegen Drogen» Nr. 3, 2006 bereits veröffentlicht. Darin werden der Mord in der Ruine Weissenau am Thunersee, der Mord in Güttingen und weitere neun Morde beschrieben. Nur zufälligerweise und meist in einem kleinen Nebensatz wird in den Berichterstattungen über die Gerichtsverhandlungen erwähnt, dass die Täter Cannabis oder andere Drogen konsumierten. Man kann davon ausgehen, dass diese Delikte nur die Spitze des Eisbergs sind und eine grosse Dunkelziffer besteht. Die staatlichen Stellen weigern sich, mit Zahlen herauszurücken, wohl weil sie befürchten, dass diese die offizielle Drogenpolitik in ganz anderem Licht erscheinen lassen würden.

Ohne den Einfluss von Rauschgift inkl. Alkohol-Exzesse kann ein Mensch keine solchen Gräueltaten begehen. Jeder normal veranlagte Mensch hat im nüchternen Zustand eine natürliche Hemmschwelle vor solchen Brutalitäten.

Man kann davon ausgehen, dass Cannabis in keinsten Weise dem Ruf entspricht, eine Droge der Sanftmut zu sein, wie uns das die Propaganda weismachen will. Im Gegenteil, die Praxis zeigt seine verheerende Wirkung, schliesslich kommt das Wort Assassin (frz. für Mörder) vom Wort Haschisch. Daher ist es sehr zu begrüssen, dass die Hanfinitiative verworfen wurde und hoffentlich die Behörden jetzt endlich die Gesetze durchsetzen.

Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa, Basel

## Editorial



Das Jahr 2008 stand ganz im Zeichen der Unterschriftensammlung gegen das vom Parlament verabschiedete, revidierte Betäubungsmittelgesetz. All den fleissigen Unterschriftensammlerinnen und -sammlern gebührt unser herzlicher Dank. Es schien uns wichtig, dass die Bevölkerung bei dieser Weichen stellenden Änderung mitbestimmen durfte. Da die Medien unsere Argumente aber kaum aufgenommen haben, brauchten wir sehr viel Zeit, um die Bevölkerung mündlich, und oft einzeln, zu informieren. Die Bevölkerung konnte sensibilisiert werden für die zu erwartenden gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme. **Die folgenden Argumente gegen das revidierte Betäubungsmittelgesetz** führten dazu, dass die Angesprochenen das Referendum unterschrieben haben:

- Der **Ameisenhandel**, das heisst der Handel mit kleinen Drogenmengen und zum Eigengebrauch, darf gemäss revidiertem Betäubungsmittelgesetz nicht mehr verfolgt und bestraft werden. Dies verunmöglicht die Verfolgung des Drogenhandels durch die Polizei und stärkt die Drogenmafia.
- **Das Rauschgift Heroin aber auch andere Drogen dürfen gemäss revidiertem Betäubungsmittelgesetz vom Staat abgegeben und die Kosten müssen von den Krankenkassen übernommen werden.** Eine massive Erweiterung der niederschweligen Angebote wie Fixerräume, Abgabe-, Kontakt- und Anlaufstellen sowie Beschäftigungsprogramme und Notschlafstellen wer-

den die Folge sein. Wie die Erfahrungen aus den jahrelangen Heroinabgabeprogrammen zeigen, werden nur vereinzelte Süchtige den Ausweg aus der Heroinabgabe finden, denn die gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Klientinnen und Klienten und den Betreuenden sowie der fehlende Leidensdruck verhindern meist eine Neuorientierung in der Drogenfreiheit.

- **Im revidierten Betäubungsmittelgesetz werden dem Bund fast uneingeschränkte Möglichkeiten gegeben.** Er kann in den Bereichen Koordination der Angebotsplanung und Angebotssteuerung (für Überlebenshilfe, Prävention, Therapie), in der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie in der wissenschaftlichen Forschung nach seinen Vorstellungen aktiv werden. Er kann aber auch die ihm genehmen Organisationen und Institutionen unterstützen, andere eliminieren.
- **Der Bund wird mit Angebotssteuerungen, zum Beispiel im Bereich Überlebenshilfe, eingreifen können, um widerspenstige Kantone zu zwingen, niederschwellige Angebote bereitzustellen,** zum Beispiel eine flächendeckende Spritzenabgabe, Fixerräume und Heroinabgabestellen.

Nach Abschluss der Unterschriftensammlung am 10. Juli 2008 konnten wir trotz Fussball-EM und Sommerferien rund 52'000 Unterschriften beglaubigt vorweisen. Etwas überrascht wurden wir dann vom kurzfristig festgelegten Abstimmungsdatum, dem 30. November 2008. Der Dachverband abstinenzorientierte Drogenpolitik (DaD) unter dem Co-Präsidentium der Nationalrätin Andrea Geissbühler und dem Arzt Daniel Beutler stellten aus den 12 schweizerischen Vereinigungen, die sich gegen eine weitere Legalisierung von Drogen einsetzen, ein Abstimmungskomitee zusammen. Dann mussten Flyers und Plakate gestaltet und vor allem finanzielle Mittel gesucht werden. Dank grossem ehrenamtlichen Einsatz und Sponsorenbeiträgen gelang es uns, in der Öffentlichkeit auf-

treten zu können. Ein besonderes Dankeschön geht an den Sekretär des Dachverbandes, Roland Meserli, welcher gut recherchierte Fakten in einer speziell für den Abstimmungskampf erstellten Zeitschrift veröffentlicht hat. Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen ihrerseits widmete eine Ausgabe ihres Informationsbulletins «Eltern gegen Drogen» den beiden Abstimmungsvorlagen, die so breit gestreut wurde, wie es unsere finanziellen Mittel erlaubten.

Leider fanden unsere Argumente, die durch ausgewiesene Fachleute zu den Themen der Abstimmungsvorlagen an je einer Medienkonferenz des Dachverbandes und der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen vorgebracht wurden, bei den Medienschaffenden kein Echo. Weil die Wirtschaft, und vor allem die sogenannten Drogenfachleute, ihre Eigeninteressen gefährdet sahen, griffen diese zum Teil auf unfaire Abstimmungspropaganda und öffentliche Gelder zurück. Sie behaupteten, dass bei Ablehnung des revidierten Betäubungsmittelgesetzes wieder offene Drogenszenen entstehen würden. Die Medien halfen tatkräftig mit, indem sie im Fernsehen und in einigen Zeitungen dauernd Bilder vom Platzspitz zeigten. Dass die Stadtregierungen die offenen Drogenszenen provoziert hatten, indem sie der Polizei ein Eingreifen untersagt hatten, wurde der Bevölkerung vorenthalten.

Die Angstmacherei der Befürworterinnen und Befürworter hat dann zu einer Annahme des revidierten Betäubungsmittelgesetzes geführt. Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen wird nun genau verfolgen, ob die Versprechen der Befürworterinnen und Befürworter eingehalten werden.

Auch die Cannabis-Initiative wurde von den gleichen Vereinigungen intensiv bekämpft. Seit 18 Jahren klärt die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen die Bevölkerung über die Schädlichkeit und Gefährlichkeit von Cannabis auf. Demonstrationen und Aktionen an der jährlichen Cannabismesse Cannatrade in

Bern, Vorträge in Schulen und bei Elternvereinigungen führten trotz gegenteiliger Information der meisten staatlichen Drogenberatungsstellen zu einer Sensibilisierung der Bevölkerung. Immer mehr Eltern, Lehrpersonen, aber auch Jugendliche stellten fest, dass Kiffen zu Leistungsabfall in der Schule, an der Lehrstelle, aber auch zu Persönlichkeitsstörungen bis zu Psychosen führen kann. Die Mär der Drogenfachleute, Kinder und Jugendliche könnten den unschädlichen Umgang mit Cannabis konsumieren oder die Persönlichkeitsveränderung sei eine normale Folge der Pubertät, entpuppte sich je länger je mehr als Lüge. **Immer drastischer zeigten sich die Auswirkungen dieser falschen Verharmlosung des Kiffens. Diese Betroffenheit der Bevölkerung führte am Abstimmungstag zu einem klaren Nein zur Cannabislegalisierungs-Initiative.**

Mit etwas Stolz nahm die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen dieses Abstimmungsergebnis zur Kenntnis. Besser spät als nie sind der Bevölkerung die Augen geöffnet worden. Gleichzeitig trauern wir aber auch mit den Familien, die wegen der seit 18 Jahren andauernden, unverantwortlichen behördlichen Cannabispolitik ihre Kinder in den Drogen verlieren mussten! Wann werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen!?

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen

## HERZLICHEN DANK FÜR IHRE SPENDE

Spenden mit beiliegendem  
Einzahlungsschein auf das

PC 30-7945-2

sind jederzeit willkommen.

Sie unterstützten damit die Aktivitäten der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen, junge Menschen vor Drogenabhängigkeit zu bewahren und die Bevölkerung über die Gefährlichkeit Suchtmitteln sachgerecht zu informieren.

# Die Verharmlosung des Drogenkonsums

In der Schweiz ist die Verharmlosung des Drogenkonsums nach wie vor beunruhigend. So befürwortet die Eidgenössische Kommission für Drogenfragen (EKDF) weiterhin – auch nach der im November 2008 abgelehnten Initiative für die Legalisierung von Cannabis –, den Cannabiskonsum grundsätzlich nicht zu bestrafen. Nach wie vor werden dieselben Lügen verbreitet: Cannabis sei eine weiche und unschädliche Droge. Die Cannabis-Lobby führt u.a. als Argument an, dass Zigaretten und Alkohol ebenfalls gefährlich seien. Müssen wir dann noch ein weiteres Gift hinzufügen? Es ist völlig absurd, die Zigarette zu bekämpfen und das Rauchen von Cannabis zu legalisieren, wie es einer unserer Ständeräte, Arzt und „Präventionsspezialist“, fordert. In der Tat möchte Prof. Dr. Felix Gutzwiller den Cannabiskonsum ab achtzehn Jahren legalisieren. Welche Heuchelei! Wenn der achtzehnjährige Bruder seinen Cannabis im Supermarkt einkauft, kann ihn nichts daran hindern, seine Brüder und Schwestern von zwölf bis siebzehn Jahren davon profitieren zu lassen. Gleichzeitig predigt Herr Gutzwiller den Kampf gegen das Passivrauchen! Seine Haltung ist verständlich, denn er sitzt im Verwaltungsrat der Siegfried Holding, die ein Mittel zum Zigarettenentzug sowie Methadon verkauft. Die Geschäfte sind also garantiert!

**Es gibt in diesem Zusammenhang ein Rätsel in Bezug auf die Partei der Grünen. Was die letzte Abstimmung im Parlament angeht, so stellt man mit Erstaunen fest, dass die Mehrheit der Grünen für eine Legalisierung von Cannabis stimmte. Einerseits setzen sie sich für die Produktion von Bio-Gemüse und den Schutz der Umwelt ein und andererseits akzeptieren sie, dass sich unsere Ju-**

**gend psychisch und physisch mit einer Substanz zerstört, die ebenso gefährlich geworden ist wie die sogenannten harten Drogen.**

Im Jahre 2004 hatte die deutsche Wochenzeitung "Der Spiegel" eine Untersuchung über die verheerenden Auswirkungen des Cannabis-Rauchens an deutschen Schulen unter dem Titel "Ein Joint für die grosse Pause" veröffentlicht. Jugendliche, die zwischen zwölf und fünfzehn Jahren mit dem Cannabis-Rauchen angefangen haben, sind mit achtzehn total abhängig. Zahlreiche Jugendliche leben noch in der Illusion, dass der heutige Cannabis der gleiche ist wie der kleine Joint, den ihr Papa vor vierzig Jahren rauchte. Dabei ist der Gehalt an THC (die euphorisierende Substanz, die abhängig macht) enorm gestiegen. Vor dreissig und mehr Jahren betrug der THC-Gehalt ca. 3%. Heute hat sich der THC-Prozentsatz, wie aus den von der Polizei angeordneten Analysen hervorgeht, verzehnfacht. Für Jugendliche, die regelmässig Cannabis rauchen, können die Folgen dramatisch sein: Unfähigkeit, die Schule weiterzuführen, ein Studium oder eine Lehre aufzunehmen; und schliesslich Fallenlassen, Gleichgültigkeit und Apathie. Das nennen die Experten das Amotivationsyndrom. Last but not least, Probleme mit der Familie und der sozialen Umgebung.

Laut Ansicht von Fachleuten ist die Situation in der Schweiz identisch. Wenn es der Polizei gelingt, Drogen zu konfiszieren, werden diese in spezialisierten Institutionen chemisch analysiert. So entdeckte man, dass der niedrigste THC-Prozentsatz bei 6% lag, aber die Spezialisten haben sogar einen THC-Gehalt von bis zu 28% entdeckt! Man kann deshalb beim Cannabis nicht mehr von einer weichen Droge sprechen. Cannabis ist eine harte Droge geworden, die nach einiger Zeit abhängig macht und schwere psychische Probleme hervorruft wie z.B. Halluzinationen, Paranoia, geistige Konfusion, Desorientierung usw. Auf die Dauer entsteht ein Verlust der Persönlichkeit. Anlässlich eines internati-

onalen Symposiums gegen Drogen hat sich Dr. Florian Ricklin, Vize-Präsident der Vereinigung Schweizer Ärzte gegen Drogen, wie folgt zu diesem Thema geäußert: *«Der Cannabis-Konsum provoziert das Demotivations-Syndrom, eine typische Veränderung der Persönlichkeit. Das Problem der Persönlichkeitszerstörung durch Drogen ist ganz besonders aktuell, da die gegenwärtige Epidemie sich hauptsächlich unter den jungen Erwachsenen, den Jugendlichen und Kindern ausbreitet. Die Jugendlichen sind der zerstörerischen Wirkung der Drogen ganz besonders ausgeliefert, da sie noch dabei sind, sich zu konstruieren. Die Hirnforschung zeigt uns, dass während des Jugendalters wichtige neurophysiologische Reifungsprozesse stattfinden. Wenn während dieser Periode Drogen konsumiert werden, so werden dadurch die Möglichkeiten zur Entwicklung der Jugendlichen eingeschränkt.»*

Es ist schwerwiegend, dass man in der Schweiz Institutionen, deren Ziel Abstinenz ist und die über ausgezeichnete Strukturen für alle Etappen der Reintegration in ein Leben ohne Abhängigkeit verfügen, die finanziellen Mittel entzogen hat. Einige haben schliessen müssen, obwohl ihre Erfolgsrate zwischen 60 und 80% betrug. Der Staat hat es vorgezogen, in die Heroin- und Methadon-Verabreichung unter ärztlicher Kontrolle mit – auf dem Papier – dem fernen Ziel des Ausstiegs zu investieren. Dieses Experiment ist laut Spezialisten gescheitert. Die Rauschgiftsüchtigen bleiben an ihrer Droge hängen. Wenn sie Methadon nehmen, kaufen sie nebenbei andere Drogen, vor allem Kokain. Es gibt nur etwa 4 bis 5%, die endgültig mit jeglicher Einnahme von Drogen Schluss machen. Man ist dabei, Altersheime für Rauschgiftsüchtige zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist es interessant festzustellen, **dass die grosse Mehrheit der ehemaligen Drogenabhängigen gegen die staatliche Heroinabgabe ist**, denn auf diese Weise wären sie niemals aus der Drogenabhängigkeit herausgekommen, wie sie selbst sagen.

Eine der grössten Absurditäten in der Schweizerischen Drogenpolitik ist sicherlich die Schaffung von Spritzlokalen. Die Schaffung von Spritzlokalen basiert auf dem Geist der Kapitulation, der Unverantwortlichkeit und der Verharmlosung, der heute einen grossen Teil unserer Gesellschaft und unserer Politiker beherrscht. Man sucht den Weg des geringsten Widerstandes! Die Drogenabhängigen bekommen saubere Spritzen - ihre schmutzige Ware bringen sie selbst mit. So unterstützen die Behörden den Drogenhandel. Keine Droge ohne Handel. Es ist logisch, dass die Dealer sich in der Nähe dieser Lokale aufhalten. Der Absatz für ihren kriminellen Handel ist garantiert.

Man redet von Prävention, von Repression. Man redet. Ich zweifle seit langem daran, dass wirklich der Wille besteht, mit dem Rauschgiftproblem, das unsere Jugend zerstört, fertig zu werden.

Es ist essentiell, alle anständigen, ehrlichen und engagierten Kräfte zu mobilisieren, um die Öffentlichkeit über die Gefahren des Drogenkonsums vorbehaltlos zu informieren. Wir brauchen im Übrigen eine strenge Repression gegenüber kleinen und grossen Dealern. Wo ist diese Repression? Es scheint immer noch verboten zu sein zu verbieten!

Gerda L'Eplattenier

## Hanf und Drogenhanf

Es bestehen immer noch falsche Vorstellungen über Cannabis, die weiterhin von den Medien verbreitet werden. Wir möchten diese richtig stellen.

### Hanf

Hanf wurde seit Jahrhunderten in Mitteleuropa angebaut. Es handelte sich dabei aber nicht um Drogenhanf, sondern dieser Hanf wurde für Seile und ähnliches verwendet.

Die Pflanze gleicht zwar dem Drogenhanf, doch enthält sie kein THC. Botanisch heisst sie Cannabis sativa L. (non indica). Die meis-

ten Kleider aus Hanffasern stammen aus China und nicht aus der Schweiz. Die Schweizer Bauern, die Hanf anbauten, waren eigentlich nur am Drogenhanf interessiert, dieser ist aber zur Faserproduktion völlig ungeeignet.

### Drogenhanf

Drogenhanf (botanisch Cannabis indica Lam.) hingegen enthält THC. Wie der Name angibt, wuchs Drogenhanf früher nur in wärmeren Ländern wie Nordafrika, dem Nahen Osten oder Indien. Erst 1968 kam mit der Hippiewelle Drogenhanf in grossen Mengen nach Europa und wurde auch von bestimmten Kreisen angebaut. Damals hatten Hanfprodukte einen THC-Gehalt von maximal 3%. In Artikeln und Büchern wurde die Theorie verbreitet, dass Drogenhanf die Rettung für die Schweizer Bauern wäre. Das wird kaum der Fall sein, da Wärme eine der Grundvoraussetzungen für einen hohen THC-Gehalt ist. Daher sind viele Produzenten auf Gewächshäuser umgestiegen. Die Grüne Partei stört sich offenbar nicht an dem hohen Stromverbrauch, der für so eine Plantage nötig ist und befürwortete die Legalisierung.

**Zusammenfassend kann gesagt werden, dass normaler Hanf und Drogenhanf sich in ihren Eigenschaften grundlegend unterscheiden.**

### Hanfessenzen

Es wird immer wieder behauptet, dass für aromatische Essenzen Drogenhanf angebaut werden müsse. Das ist schlicht nicht wahr. Eine Studie der Tessiner Regierung hat ergeben, dass nur die Wasserdampfdestillation für eine fachgerechte Gewinnung von Essenzen in Frage kommt. Dafür eignet sich aber gerade Drogenhanf schlecht. Am besten zur Aromaherstellung eignet sich der Hanf Felina 34, der zum Anbau freigegeben ist (Rapporto del 16 maggio 2003 sul problema della canapa in Ticino).

**Daher besteht absolut keine Notwendigkeit, Drogenhanf für Essenzen anzubauen.**

Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa, Basel

## Zum Tod von Paul Wiedmer

Wir trauern um unser langjähriges Gründungs- und Ehrenmitglied Paul Wiedmer.

Paul Wiedmer hat sein ganzes Leben der Aufgabe gewidmet, alkoholranke, süchtige Menschen in ein abstinentes Leben zu führen. Sein Engagement in Sachen Drogen war geprägt von einer tiefen Überzeugung, dass jede Art von Drogenkonsum zum Nachteil der Gesellschaft ist.

Als vorausschauende Persönlichkeit hat er bereits früh erkannt, wohin die liberale Politik in Suchtfragen führt, und dass dabei die Sucht- und Drogenopfer vom Staat sträflich im Stich gelassen werden.

Um dies abzuwenden, hat er tatkräftig geholfen, die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen zu dem zu machen, was sie heute ist: nämlich eine Stimme, die wahrgenommen wird, um der allgemeinen Resignation gegenüber Suchtfragen Einhalt zu gebieten und eine abstinenzorientierte Politik einzufordern.

Lieber Paul, wir werden dich immer als warmherzigen und unbeirrten Streiter für unsere Sache in Erinnerung behalten.

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen

**Besuchen  
Sie unsere  
Website:**

[www.elterngegendrogen.ch](http://www.elterngegendrogen.ch)

[www.elterngegendrogen.ch](http://www.elterngegendrogen.ch)

[www.elterngegendrogen.ch](http://www.elterngegendrogen.ch)

# DIE ALFRED FLURY- STIFTUNG



## **Sekretariat:**

Unterer Kapf  
CH-9405 Wienacht AR

Tel. 071 891 43 75

Fax 071 891 43 45

[sekretariat@aktion-nodrugs.ch](mailto:sekretariat@aktion-nodrugs.ch)  
[www.aktion-nodrugs.ch](http://www.aktion-nodrugs.ch)

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen dankt der Alfred-Flury-Stiftung herzlich für ihre finanzielle Unterstützung.

## Der Kanton Bern will die christliche Drogen- therapiestelle El Rafa schliessen

El Rafa besteht nun seit 22 Jahren. Die kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GeF) versucht seit Jahren, dieses Angebot auszumerzen. Vorgegeben werden Argumente wie Qualitätssicherung und Professionalisierung. In Wirklichkeit geht es aber um rein ideologische Gründe. Einerseits hat El Rafa in den vergangenen Jahren mit zahlreichen ehemals Drogensüchtigen den Beweis

## Leitbild der Alfred Flury-Stiftung

- Die Alfred Flury-Stiftung ist eine überparteiliche, konfessionell nicht gebundene, gemeinnützige Non-Profit-Organisation, die sich die zum Ziel gesetzt hat, durch die Aktion «No drugs» mit Aufklärung und Information zum Schutz unserer Kinder und Jugendlichen vor jugendgefährdenden Einflüssen wie Drogen- und Alkoholkonsum beizutragen.
- Die Alfred Flury-Stiftung stellt ihre Aktivitäten in den Sinn und Geist ihres Gründers Kaplan Alfred Flury: Positive und lebensfrohe Einstellung. Freude und Kreativität. Vorurteilsfreie und tolerante Bejahung und Unterstützung unserer Kinder und Jugendlichen. Förderung aller Aktivitäten, die eine gedeihliche Lebensentwicklung unserer Jugend zum Ziel haben und diese gegen negative Einflüsse stärken oder sie davon fernhalten.
- Die Alfred Flury-Stiftung strebt ein Gemeinwesen an, das aus selbstbewussten und starken Persönlichkeiten besteht, die aus eigenem Willen und Antrieb Nein zu negativen Einflüssen sagen.
- Die Alfred Flury-Stiftung stärkt Kinder und Jugendliche durch die Förderung einer erfüllten Freizeit-, Ausbildungs- und Arbeitsgestaltung, damit diese auf negative Einflüsse verzichten können. Das Hauptaugenmerk gilt dabei der Stärkung und dem Schutz unserer Jugend vor dem Drogenkonsum.
- Die Alfred Flury-Stiftung unterstützt Eltern, Erzieher und in der Jugendarbeit Tätige mit Informationen über die Auswirkungen jugendgefährdender Einflüsse wie dem Drogenkonsum. Sie zeigt geeignete Wege zu einer sinnerfüllten Freizeit-, Ausbildungs- und Arbeitsgestaltung der zu betreuenden Kinder und Jugendlichen auf.
- Die Alfred Flury-Stiftung unterstützt Medien bei ihrer objektiven Berichterstattung durch die Aufbereitung neuer Erkenntnisse aus der Jugend- und Suchtforschung.
- Die Alfred Flury-Stiftung schafft zusammen mit in Eltern, Erzieher und in der Jugendarbeit Tätigen anstelle von Verboten und Drohungen Plattformen, auf denen mit Kindern und Jugendlichen gemeinsame positive Erlebnisse erzielt und geteilt werden.
- Die Alfred Flury-Stiftung setzt einen Kontrapunkt zur immer kommerzieller und härter werdenden Umwelt und gibt Kindern und Jugendlichen einen kreativen Raum, der auf gegenseitigem Verständnis aller Gruppen sowie Toleranz und Achtung beruht.
- Die Alfred Flury-Stiftung arbeitet mit sinnverwandten Organisationen und Fachleuten zusammen und versteht sich als Impulsgeber für eine positive Jugendarbeit.
- Die Alfred Flury-Stiftung strebt eine gesicherte finanzielle Grundlage an als Basis für eine kontinuierliche Arbeit, die im Grundsatz ehrenamtlich geleistet wird.

erbracht, dass Menschen mit Gottes Hilfe von der Sucht frei werden können. Andererseits hat gerade die Fürsorgedirektion mit ihrer eigenen Stellenbesetzung bewiesen, dass ihr an Professionalität nicht sehr viel liegt. So verfügte die verantwortliche Leiterin der Abteilung Suchtfragen, welche von El Rafa 500 Stellenprozent ausgebildeter Fachleute forderte, selber über keinerlei Fachausbildung oder Berufserfahrung in diesem Bereich. Ein Deutschstudium genügt also bei der GeF, um die Leitung der Abteilung Suchtfragen zu übernehmen, während für El Rafa mehr als 20 Jahre Praxis in der Betreuung von Drogenabhängigen als ungenügend eingestuft wird. Wer Einblick in das Vorgehen der GeF gegenüber El Rafa hat, erkennt, dass sich hier Beamte deutlich ausserhalb der Legalität bewegt haben.

Trotzdem soll dies die Betreuerfamilien nicht hindern, weiterhin

drogenabhängige Menschen zu begleiten, welche sich aus eigener Überzeugung für einen Aufenthalt im El Rafa entscheiden. El Rafa beruft sich auf die verfassungsmässigen Rechte wie Niederlassungsfreiheit, Glaubensfreiheit, Gewerbefreiheit und die freie Wahl des gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Da El Rafa keinerlei Unterstützung vom Kanton erhält, muss eine Verhinderung dieser Tätigkeit eindeutig als verfassungswidrig eingestuft werden. Man darf gespannt sein, wie weit sich die Fürsorgedirektion noch aus dem Fenster lehnt, um mit ungesetzlichen Forderungen und haltlosen Behauptungen den letzten Rest an Glaubwürdigkeit zu verspielen.

Paul Stettler, El Rafa

**Weitere Informationen unter:**  
[www.elrafa.ch](http://www.elrafa.ch)

# Norwegischer Gesundheitsminister zu Besuch in der Schweiz

Der norwegische Gesundheitsminister Bjarne Håkon Hanssen stattete der Schweiz zusammen mit einer siebenköpfigen Delegation aus Vertretern und Vertreterinnen der Gesundheitsbehörden am 2. und 3. Februar 2009 einen offiziellen Besuch ab, um sich über die Schweizerische Drogenpolitik, insbesondere die staatliche Heroinabgabe zu informieren.

Neben dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) besuchte die Delegation das Zentrum Ambulante Suchtbehandlung des Contact Netz (ZAS) in Bern, wo u.a. Robert Hämig für die Schweizer Drogenpolitik warb. Dann wurde die Gemeinschaft zum Schlüssel (Stiftung Terra Vecchia) besucht. Am Tag darauf wurde das Contact und das Koda besichtigt mit anschliessendem Mittagessen mit Frau Andrea Arz de Falco vom BAG und Prof. Ambros Uchtenhagen, der als Vater der Heroinabgabe gilt. Man kann sich ausmalen, dass die norwegische Delegation nur Positives über die Heroinabgabe zu hören bekam.

**Entgegen dem vom BAG zusammengestellten Programm wünschte der norwegische Gesundheitsminister jedoch auch**

**ein Gespräch mit Gegnern der staatlichen Heroinabgabe, so dass das BAG sich gezwungen sah, auch Vertreter unserer Vereinigung zu einem Gespräch einzuladen.**

Sabina Geissbühler-Strupler, Housi Knecht und Alexandra Nogawa konnten schliesslich dem Minister ihre Sicht der Dinge darlegen und mit ihm über die Heroinabgabe diskutieren. In der norwegischen TV2 wurde in den Abendnachrichten am 3. Februar 2009 darüber berichtet.

Wie wir von der norwegischen Delegation erfahren haben, berät sich der Minister regelmässig mit abstinenzorientierten Vereinigungen wie Eltern gegen Drogen und diskutiert mit ihnen über die norwegische Drogenpolitik. Von einer solchen Diskussionskultur können wir in der Schweiz nur träumen. Das zeigt auch das Vorgehen des BAG, das es nicht für nötig hielt, Gegner für diese Veranstaltung einzuladen.

Obwohl die Resultate der Hanfinitiative zeigen, dass die meisten Schweizer Bürgerinnen und Bürger gegen eine Cannabislegalisierung sind, wird in Bern keineswegs daran gedacht, mit den Gegnern einer Legalisierung Kontakt aufzunehmen, sondern es wird weiterhin stur in Richtung Legalisierung politisiert. Das zeigt das Interview, das Frau Andrea Arz de Falco vor kurzem in der BAG-eigenen Zeitschrift *Spectra* veröffentlichte.

Solches Vorgehen in einer öffentlichen Verwaltung ist verwerflich,

und es wäre zu wünschen, dass das BAG seine Aufgabe wahrnimmt, der Bevölkerung zu dienen anstatt dubiose Interessengruppen zu unterstützen.

**DER NORWEGISCHE GESUNDHEITSMINISTER BERÄT SICH REGELMÄSSIG MIT ABSTINENZ-ORIENTIERTEN VEREINIGUNGEN, UM IHRE ANSICHT IN DIE AUSRICHTUNG DER NORWEGISCHEN DROGENPOLITIK EINZUBEZIEHEN. VON EINER SOLCHEN DISKUSSIONSKULTUR KÖNNEN WIR IN DER SCHWEIZ NUR TRÄUMEN.**

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen

## Mit ärztlich verordnetem Methadon gedealt

Im Kanton Schwyz haben mehrere Teilnehmer des Methadonprogramms über Jahre hinweg mit Drogen gedealt. Die vier Schweizer und drei ausländischen Staatsangehörigen im Alter zwischen 24 und 48 Jahren werden beschuldigt, von 2001 bis 2006 vorwiegend mit mehreren Kilogramm Betäubungsmitteln gedealt zu haben. Mehrere der Beschuldigten hätten jahrelang am Methadonprogramm teilgenommen und dennoch Heroin und/oder Kokain konsumiert. **Mit einem Teil des ärztlich vorgeschriebenen Methadons hätten sie gehandelt.**

Der Bund, 8. Oktober 2008

### IMPRESSUM

**Herausgeberin:**

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen, Postfach 8302, 3001 Bern  
eltern\_g\_drogen@bluewin.ch  
www.elterngegendrogen.ch  
PC 30-7945-2

**Redaktionsteam:**

Dr. med. Theodor Albrecht, Sabina Geissbühler-Strupler, Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa

**Layout:**

Christine Gross, adm\_gross@bluewin.ch

**Druck:**

rubmedia graf-lehmann, Murtenstrasse 40, CH-3001 Bern, info@rubmedia.ch



# Missbrauch von Steuergeldern durch die Stiftung Contact

## Über 10 Mio. CHF Steuergelder für die Stiftung Contact: Wo bleibt die Kosten-, Nutzenrechnung?

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen hat eine Abstimmungsbeschwerde gegen die Stiftung Contact Bern eingereicht, nachdem diese im Vorfeld der eidgenössischen Volksabstimmung vom 30. November 2008 mit Stiftungsgeldern, die grösstenteils aus Leistungsverträgen mit dem Kanton Bern stammen, eine Medienkonferenz für die Legalisierung von Cannabis organisiert hat. Dieses Vorgehen sieht die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen als unzulässiger Einsatz von Steuergeldern wider die freie und unverfälschte Willensbildung der Stimmberechtigten.

Aus dem Leistungsvertrag 2008 des Kantons Bern mit der Stiftung Contact – in dessen Besitz die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen erst nach intensiven Bemühungen gelangt ist – geht hervor, dass dem Kanton Bern allein daraus für das Jahr 2008 Kosten von insgesamt 10'071'450 CHF entstehen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf total 14'782'922 CHF, wovon 6'332'344 CHF allein für Schadensminderung/Überlebenshilfe ausgegeben werden, so unter anderem für den Unterhalt der Fixerräume und die Abgabe von

660'000 Spritzen mit Nadeln und 750'000 Nadeln. Präventionsmassnahmen, mit welchen potentielle Drogenkonsumenten vom Konsum abgehalten werden könnten, sucht man hingegen im Leistungsvertrag vergebens. Wenig vertrauenserweckend ist die Tatsache, dass die Stiftung im Jahresbericht 2007 weder Budget noch Rechnung vorlegt. Mit diesem Vorgehen will sie offensichtlich unliebsamen Fragen aus dem Weg gehen. Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die Stiftung Contact schon längst verselbständigt hat und unbehelligt von Behörden, Geldgebern, der Politik, die sie grosszügig mit Steuergeldern ausrüsten, ihre ganz persönliche Drogenpolitik betreibt und primär ihrer Liberalisierungspolitik nachlebt. Und dies obwohl nach der Ablehnung der Cannabis-Legalisierung an der Urne im November 2008 offensichtlich einer Mehrheit der Bevölkerung klar ist, dass Cannabiskonsum gerade beim heutigen THC-Gehalt der Pflanzen in hohem Masse schädlich ist. Bedenklich ist im Weiteren die nicht hinterfragte Vertrauensposition, die einer Institution durch einen Leistungsvertrag mit dem Kanton automatisch zuerkannt wird, und die auch der Stiftung Contact bei der Durchführung der Medienkonferenz für die Legalisierung von Cannabis zugute kam.

**Es ist an der Zeit, dass der Grosse Rat des Kantons Bern seine Verantwortung gegenüber den Steuerzahlenden und den betroffenen Hilfesuchenden wahrnimmt und die Ausgaben des Kantons Bern für die Stiftung Contact Netz hinterfragt.**

## Folgende Fragen müssen beantwortet werden:

- Aus welchen einzelnen Einkünften setzt sich der **Eigenertrag** der Stiftung Contact Netz zusammen?
- Aus welchen Beträgen setzen sich die **Gemeinkosten** der Stiftung Contact Netz zusammen?
- Wie viele Drogensüchtige insgesamt nehmen in der Stiftung Contact Netz jährlich die insgesamt **660'000 Spritzen mit Nadeln und die 750'000 Nadeln** entgegen?
- Wie viele staatliche Heroinbezügler sind **politoxikoman**?
- Aus welchen Mitteln wird die Spritzenabgabestelle der **Stiftung Contact Netz in Usbekistan und Georgien** finanziert?
- Wie viel kostet die **heroingestützte Behandlung KODA** dem Kanton Bern jährlich?
- Wie viel kostet die **Drogenprävention** (Säule 1) dem Kanton Bern jährlich?
- Wie viel kostet die **Drogentherapie** (Säule 2) dem Kanton Bern jährlich?
- Wie viel kostet die **Schadensminderung/Überlebenshilfe** (Säule 3) dem Kanton Bern jährlich?
- Wie viel kostet die **Drogenrepression** (Säule 4) dem Kanton Bern jährlich?
- Wie viel gibt der Kanton Bern für die **Primärprävention** im Drogenbereich jährlich aus?

Diese Fragen sind dringlich zu beantworten, damit vor dem nächsten Vertragsabschluss klar ist, ob der Kanton Bern die Verantwortung übernehmen kann, mit der Stiftung Contact Netz weiterhin eine Partnerschaft einzugehen oder ob die Steuergelder im Drogenbereich nicht mit anderen Vertragspartnern und auf neuen Grundlagen effizienter eingesetzt werden könnten.

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen

## Zusammenstellung Gesamtkosten Leistungsvertrag 2008 Contact Netz mit Kanton Bern

	Produkt	Gesamtaufwand	+ Gemeinkosten	= Zwischentotal	- Eigenertrag	= Beitrag Kanton Bern
A	Ambulante Beratung/Therapie	3'072'520	706'548	3'779'068	196'861	3'582'207
B	Schadensminderung/Überlebenshilfe	6'906'550	1'246'294	8'152'844	1'820'500	6'332'344
C	Wohnangebote	999'600	100'711	1'100'311	999'600	100'711
D	Medizin	1'524'100	226'599	1'750'699	1'694'511	56'188
	<b>TOTAL</b>	<b>12'502'770</b>	<b>2'280'152</b>	<b>14'782'922</b>	<b>4'711'472</b>	<b>10'071'450</b>